



Presseschau vom 10.01.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

Leo Ensel: Die Reaktion der Autisten – Stoltenbergs Erklärung auf dem digitalen Meeting der NATO-Außenminister

Russland formuliert mittlerweile gegenüber den USA und der NATO seine Sicherheitsinteressen unmissverständlich. Für Generalsekretär Stoltenberg kein Anlass, auf seiner Presseerklärung darauf einzugehen. Es könnte aber sein, dass die Musik künftig woanders spielt. ...

<https://kurz.rt.com/2s1x>

de.rt.com: Robert Koch-Institut erhält erneute Finanzspritze von der Gates Foundation

Im November 2021 erhielt das Robert Koch-Institut (RKI) eine Spendenzahlung in Höhe von 499.981 Dollar. Es ist die zweite Unterstützung der Bill & Melinda Gates Foundation für das Institut. Als Zweck werden Forschung und Lernmöglichkeiten angegeben. ...

<https://kurz.rt.com/2s2u>

abends/nachts:

snanews.de: Blinken: USA für Gespräche mit Russland über Raketen und Militärübungen offen

Die Delegationen der USA und Russlands zu den anstehenden Verhandlungen in Genf

könnten die Grundlage für die Wiederherstellung der Vereinbarungen über Mittelstreckenraketen schaffen. Diese Meinung vertrat US-Außenminister Antony Blinken in einem Interview mit dem Fernsehsender ABC am Sonntag.

Es werde möglicherweise gelingen, die Grundlage für die Wiederaufnahme des Vertrags mit Russland über die Vernichtung von Raketen mittlerer und kurzer Reichweite zu bilden, sagte der Minister.

Laut Blinken ist die US-Delegation bei den bevorstehenden Konsultationen in Genf bereit, mit Vertretern Moskaus über Raketenstationierungen und Militärübungen zu verhandeln, nicht aber die Personalstärke der amerikanischen Truppen zu besprechen.

Verhandlungen über Sicherheitsgarantien

Am 17. Dezember unterbreitete Moskau den USA und der Nato den Entwurf eines Vertrags über gegenseitige Sicherheitsgarantien. Entsprechend dem Vertragstext soll die Nato auf die Erweiterung gen Osten und die Aufnahme ehemaliger Sowjetrepubliken verzichten. Auch würde gemäß dem Vertragsentwurf die der gegenseitigen Bedrohung dienende Stationierung von Kurz- und Mittelstreckenraketen untersagt.

Washington und Moskau haben vereinbart, die Verhandlungen über das russische Sicherheitsangebot am 10. Januar aufzunehmen. Am 12. Januar sollen dann Konsultationsgespräche zwischen Moskau und der Nato stattfinden. Für den 13. Januar sind Beratungen zu Sicherheitsgarantien im Rahmen der OSZE geplant.



https://cdn1.snews.de/img/07e5/06/08/2429715_0:17:3073:1746_1920x0_80_0_0_20b260b2e1dc5f96dce2a77e59ee7483.jpg

snews.de: Mit Knochenbruch und Erfrierung: Grenzer von Belarus finden Flüchtling an Grenze zu Polen

Laut einer Mitteilung des Staatlichen Grenzkomitees von Belarus von Sonntag haben die Beamten an der Grenze zu Polen einen Flüchtling mit einem gebrochenen Bein und einer Erfrierung gefunden. Dieser ist Angaben zufolge von den polnischen Sicherheitskräften aus eigenem Hoheitsgebiet über die Grenze gedrängt worden.

„Am Morgen des 7. Januar fand die Dienstschrift an der belarussisch-polnischen Grenze einen bewegungsunfähigen Mann. Der Ausländer war abgemagert und hatte Anzeichen einer Unterkühlung. Der Flüchtling sagte, dass die polnischen Sicherheitskräfte ihn auf dem Territorium Polens festgenommen und ihm seine persönlichen Gegenstände, Geld und eine SIM-Karte weggenommen hätten. Trotz der Bitte um Schutz haben die polnischen Soldaten den Mann an die Grenzlinie gebracht und ihn mit Gewehrkolbenschlägen gezwungen, unter dem Stacheldrahtzaun auf die belarussische Seite zu kriechen“, teilte die Behörde in ihrem Telegram-Kanal mit.

Der Mann sei dabei verbal beleidigt worden, auch beleidigende Witze seien gemacht worden: Man habe ihm unter anderem gesagt, dass sich Deutschland hinter dem Stacheldraht befinde.

„Nach einer solchen Behandlung konnte sich der Mann nicht mehr alleine bewegen und blieb, praktisch dem Tod an Kälte und Hunger ausgesetzt, unter dem polnischen Zaun liegen“, hieß es weiter. Zugleich hätten sich auf der angrenzenden Seite die polnischen Sicherheitskräfte am Feuer gewärmt, ohne die Hilferufe zu beachten.

Nachdem die belarussischen Grenzbeamten den Ausländer gefunden hätten, hätten sie umgehend einen Krankenwagen zum Tatort gerufen. Bei dem Mann seien nach vorläufigen Schätzungen der Ärzte ein Beinbruch und eine Erfrierung diagnostiziert worden.

„Polnische Soldaten beweisen immer wieder, dass ihnen die Prinzipien des Humanismus und der einfachen Menschlichkeit fremd sind. Doch damit nicht genug: Sie berichten fröhlich und stolz, dass sie die Migrationskrise erfolgreich meistern, indem sie Menschen schlagen und gewaltsam vertreiben“, so der belarussische Grenzschutz.

In den letzten Monaten haben sich mehrere tausend Migranten an der belarussisch-polnischen Grenze gesammelt – in der Hoffnung, in die EU zu gelangen. Die polnischen Behörden haben den Grenzschutz verstärkt und Truppen zusammengezogen. Sie verhindern jeden Versuch der illegalen Migranten, in polnisches Staatsgebiet zu gelangen, und machen Minsk für die Migrationskrise verantwortlich.

Belarus weist die Vorwürfe zurück und erklärt, Polen dränge Migranten gewaltsam über die Grenze zurück und heize die Situation mit den Flüchtlingen künstlich an.

In Belarus wurde ein Transport- und Logistikzentrum unweit des Grenzkontrollpunkts für die Unterbringung von Flüchtlingen eingerichtet. Einige Migranten kehren sowohl mit Evakuierungsflügen als auch einzeln aus Belarus in die Herkunftsländer zurück. Nach offiziellen Angaben blieben Ende letzten Jahres noch etwa 600 Flüchtlinge im Lager.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0c/11/4730127_0:42:3109:1791_1920x0_80_0_0_e21189fcc84b42065a7cd9de9a498bf9.jpg

snanews.de: **Gespräche mit USA in Genf: Moskau will konkrete Sicherheitsfragen behandeln**

Laut der Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, will sich Moskau bei den bevorstehenden Gesprächen mit den USA über Sicherheitsgarantien in Genf mit konkreten Sicherheitsfragen befassen.

„Wir haben den Wunsch, uns wirklich mit konkreten sicherheitsspezifischen Fragen zu befassen“, sagte Sacharowa am Sonntag gegenüber dem russischen Sender „Rossiya 1“. Das Gespräch wird ihr zufolge zwischen russischen Fachleuten und amerikanischen Partnern stattfinden. Wie sich die Amerikaner dabei zeigen würden, werde man bald sehen, so die Sprecherin. „Unsere Spezialisten sind mit dem Wunsch dort eingetroffen, sich an konkreter Arbeit zu beteiligen“, betonte Sacharowa.

An diesem Sonntagabend ist das erste Treffen der russischen und amerikanischen Delegation

in Form eines Abendessens geplant. Dies sind „vorläufige“ Verhandlungen. Der Hauptteil der Gespräche findet am Montag in geschlossenem Format auf dem Territorium der Ständigen Vertretung der USA beim UN-Büro in Genf statt. Am 12. Januar sollen dann Konsultationsgespräche zwischen Moskau und der Nato folgen. Für den 13. Januar sind Beratungen zu Sicherheitsgarantien im Rahmen der OSZE geplant.



https://cdn1.snanews.de/img/07e4/0c/1d/328851_0:160:3073:1888_1920x0_80_0_0_bab2f752f78881eb7aa761f78fd8f254.jpg

vormittags:

de.rt.com: Vor Verhandlungsbeginn mit Russland: USA werden keine verbindlichen Zusagen machen

Die USA beabsichtigen bei den heute beginnenden Verhandlungen mit Russland nicht, verbindliche Verpflichtungen einzugehen. Dies hat ein nicht namentlich genannter Beamter der Biden-Regierung Journalisten des Senders CNBC offenbart. Auch US-Außenminister Blinken erwartet keine schnellen Fortschritte und hat Sicherheitsgarantien, die Russland erwartet, ausgeschlossen.

Wie der US-Amerikanische Fernsehsender CNBC unter Berufung auf einen hohen Beamten der Biden-Regierung am Sonntag meldete, werden die USA bei den am Montag beginnenden Verhandlungen in Genf gegenüber Russland keine verbindlichen Zusagen machen. Der Beamte, der anonym bleiben wollte, sagte nach Darstellung von CNBC mehreren Journalisten:

"Ich kann Ihnen im Voraus versichern, dass es bei diesen Gesprächen, die ernsthaft und konkret, aber sondierend sein werden, keine festen Verpflichtungen geben wird. Alles, was besprochen wird, muss sowohl zur Prüfung nach Washington zurückkehren als auch im weiteren Verlauf der Woche mit Partnern und Verbündeten erörtert werden."

Der Beamte verwies darauf, dass die USA – obwohl sie eine diplomatische Deeskalation gegenüber Russland vorziehen würden – "mehr als bereit und völlig einer Meinung mit Partnern und Verbündeten" seien, Russland eine ernsthafte Bestrafung aufzuerlegen – etwa in Form finanzieller Sanktionen, auf Schlüsselindustrien zielender Handelsembargos, der Verstärkung der militärischen Präsenz der NATO in Osteuropa und verstärkter militärischer Hilfe für die Ukraine.

In den Verhandlungen wolle man ergründen, ob Russland ernsthaft und mit der Bereitschaft, ergebnisorientiert zu arbeiten, in Genf antrete. Parallel dazu meldete die russische Nachrichtenagentur TASS, dass der US-Außenminister Antony Blinken keine schnellen Durchbrüche bei den Verhandlungen in Genf erwarte:

"Erstens glaube ich nicht, dass wir in der kommenden Woche einen Durchbruch erleben werden", sagte er laut TASS.

Zuvor hatte der US-Außenminister bereits seine Ansicht geäußert, dass Russlands Forderungen nach Sicherheitsgarantien "absolut nicht umsetzbar" seien.

Die Verhandlungen in Genf wurden zwischen den Präsidenten Wladimir Putin und Joseph Biden bei ihrem letzten Telefonat vereinbart. Die erste Runde dieser Verhandlungen soll am 10. Januar 2022 stattfinden. Am Mittwoch sind außerdem Konsultationen des NATO-Russland-Rates in Brüssel und am Donnerstag Gespräche zwischen Russland und der OSZE in Wien geplant.

Die Vertreter der russischen Seite sind bereits in Genf eingetroffen, wie die Nachrichtenagentur RIA-Novosti meldet.

"Eine russische ressortübergreifende Delegation unter der Leitung des stellvertretenden russischen Außenministers Sergei Rjabkow ist in Genf eingetroffen, um an den US-amerikanisch-russischen Gesprächen über Sicherheitsgarantien teilzunehmen", teilte das russische Außenministerium auf seinem Telegram-Kanal mit.

Ein gemeinsames informelles Abendessen der Delegationen beider Länder war für Sonntagabend geplant. Der Hauptteil der Gespräche soll am Montag stattfinden – in nichtöffentlicher Form in den Räumlichkeiten der US-Vertretung beim Genfer Büro der UNO. Russland hat mehrfach geäußert, dass es verbindliche Sicherheitsgarantien erwartet, insbesondere das Ende der Ausdehnung der NATO auf ehemals sowjetische Gebiete. Wie das russische Staatsfernsehen in der Hauptnachrichtensendung am Abend meldete, sagte der Leiter der russischen Delegation bei den Genfer Verhandlungen im Gespräch mit Journalisten: "Die NATO soll ihre Koffer packen und zu ihren Grenzen von 1997 zurückkehren."



<https://cdn.rtt.com/deutsch/images/2022.01/article/61daf4a448fbef4b8c17dc00.jpg>

snanews.de: **Lukaschenko: Bruderkrieg und Chaos sind Ziele von Extremisten in Kasachstan**

Das Ziel der Extremisten in Kasachstan ist es, Verwüstung anzurichten und einen Bruderkrieg zu entfesseln, um einen Putsch durchzuführen. Das erklärte der belarussische Präsident Alexander Lukaschenko in seiner Botschaft an seinen kasachischen Amtskollegen Kassym-Jomart Tokajew auf Telegram am Montag.

„Das subversive Ziel der Extremisten ist offensichtlich – das multinationale Kasachstan zu destabilisieren, Chaos zu stiften, einen Bruderkrieg im Land zu entfesseln, um einen verfassungsfeindlichen Putsch durchzuführen und den politischen Kurs zu ändern“, so Lukaschenko.

Der Staatschef betonte, Belarus sei bereits mit einer ähnlichen Herausforderung konfrontiert worden, deswegen sei es sich der „Schwere der aktuellen Lage und der kolossalen Verantwortung für das Schicksal des Landes, die auf den Schultern seiner Führung ruht, bewusst“.

Lukaschenko fügte hinzu, dass Minsk bereit sei, auf jede erdenkliche Weise zu helfen, die

Situation auf kasachischem Boden zu stabilisieren, und auf einen schnellstmöglichen Frieden hoffe. Er sprach auch sein Beileid gegenüber den Hinterbliebenen der Opfer aus. „Die härtesten Herausforderungen, die dem brüderlichen kasachischen Volk widerfahren sind, erleben die Belarussen als ihre eigene Tragödie“, so der Präsident. ...



https://cdn1.snnews.de/img/07e6/01/0a/4947587_0:0:2831:1592_1920x0_80_0_0_3af525c6179848124bf5659c38611ec2.jpg

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 9. Januar 2022 wurden sieben Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

Losowoje, Solotoje-5, Krasnyj Jar, Shelobok, Sokolniki und Molodjoshnoje wurden mit 82mm-Mörsern (insgesamt 3 Geschosse), Granatwerfern (insgesamt 24 Granaten), großkalibrigen Maschinengewehren (10 Schüsse) und Schusswaffen beschossen. Informationen über Verletzte und Schäden werden noch ermittelt.

de.rt.com: **Russland gibt Ergebnis des ersten Genfer Treffens mit den USA bekannt**

Moskaus Delegationsführer hat die ersten Gespräche mit Washington über Sicherheitsgarantien am Sonntag als überwältigend bezeichnet. Er wies jedoch auch darauf hin, dass die Konsultationen mit den Verhandlungspartnern "schwierig" gewesen seien. Der stellvertretende russische Außenminister Sergei Rjabkow traf sich dieses Wochenende mit seiner US-amerikanischen Amtskollegin, der stellvertretenden Außenministerin Wendy Sherman, zu einem zweistündigen Gespräch in Genf. Am Montag soll dort ein größeres Treffen zwischen Moskau und Washington stattfinden. Die Gespräche erfolgen inmitten der zunehmenden Spannungen zwischen Russland und dem Westen aufgrund der Lage in der Ukraine.

Auf Fragen der Medien zu seiner Einschätzung der vorläufigen Konsultationen sagte Rjabkow, diese seien "überwältigend" gewesen. Das "Gespräch war schwierig, aber sachlich", wobei die Teilnehmer "in die anstehenden Angelegenheiten eingetaucht" seien. Er werde seinen Optimismus nicht verlieren, so Rjabkow. Angesichts weiterer Verhandlungen erklärte er:

"Ich denke, wir werden morgen keine Zeit verlieren."

Anlass für die Gespräche waren die in den vergangenen Monaten eskalierenden Spannungen zwischen Russland und dem Westen. Die westlichen Staaten zeigten sich besorgt über die angeblichen Pläne Moskaus, in die Ukraine einzumarschieren. Der Kreml hat diese Anschuldigungen wiederholt zurückgewiesen und als "antirussische "Hysterie" bezeichnet. Die Situation veranlasste Moskau, den USA und der NATO eine Reihe von Sicherheitsvorschlägen zu unterbreiten. Diese beinhalten unter anderem eine Begrenzung der NATO-Erweiterung und Sicherheitsgarantien für Russland. Einige dieser Bedingungen

wurden von den USA und ihren Verbündeten bereits abgelehnt. Sowohl die NATO als auch die USA haben erklärt, dass die Allianz keine Versprechen über ein Ende der Expansion abgeben werde.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61dbcb6bb480cc54ff7834b2.jpg>

snanews.de: **Ziel war ein Staatsstreich: Kasachstans Staatssekretär über hybride Terrorattacke**

Die Unruhen in Kasachstan sind nach Auffassung des kasachischen Staatssekretärs Jerlan Karin durch eine hybride Terrorattacke verursacht worden. Ihr Ziel sei eine Destabilisierung der Situation und ein anschließender Staatsstreich gewesen.

„Wie ich vermute, waren wir mit einer hybriden Terrorattacke gegen Kasachstan konfrontiert, deren Endziel eine allgemeine Destabilisierung (der Situation) und mutmaßlich ein Staatsstreich waren“, sagte Karin gegenüber dem Fernsehsender „Habar-24“.

Es handle sich um „geplante Handlungen von Aufhetzergruppen. Die Geheimdienste Kasachstans werden eine konkrete Antwort auf die Frage geben können, wer hinter den Angriffen gestanden habe, sagte Karin.

Nach Meinung des Staatssekretärs hatte es eine Verschwörung innerer und äußerer Kräfte gegeben, denn „sowohl kasachische als auch ausländische Bürger“ seien daran beteiligt gewesen. „Dazu gehörten der Einsatz von Kriminellen und terroristischen Angriffsgruppen und eine recht fachkundige Anwendung von Methoden der Informationseinwirkung“, ergänzte Karin.

Er stimmte nicht mit der Ansicht überein, dass das Geschehen eine versuchte Farbrevolution gewesen sei. „Manche vergleichen (diese Ereignisse) mit Farbrevolutionen oder samtenen Revolutionen, doch in Bezug auf Kasachstan wären solche Szenarien wenig effektiv. Denn die Verhältnisse in unserem Land sind anders, und die Position der Macht ist recht stabil, es gibt auch andere Umstände. Sie hätten es nicht ermöglicht, klassische Varianten einer Farbrevolution zu verwirklichen“, sagte Karin.

„Es wurde faktisch das gesamte Arsenal von Instrumenten, Methoden zur Destabilisierung und zur Untergrabung der Situation eingesetzt mit dem Ziel, die Integrität des Staates zu zerstören. Unser Land hat das durchgehalten. Dank entschlossener Handlungen des Präsidenten, darunter auch seiner Entscheidung, die Friedenstruppe der OVKS einzuladen, wurden die Destabilisierungspläne vereitelt“, sagte der Staatssekretär.

Die Heranziehung eines Militärkontingents der OVKS habe es den kasachischen Behörden ermöglicht, die Integrität des Landes zu schützen und ihre Kräfte auf die Antiterroroperation zu konzentrieren, ergänzte er.

Das Risiko bleibt bestehen

In Kasachstan bestehe weiterhin das Risiko, dass sich Terrorattacken wiederholen könnten, die Bürger sollten wachsam bleiben, sagte der Staatssekretär.

„Ich möchte nicht, dass wir uns entspannen und völlig zur Ruhe kommen, denn das ernsthafte Risiko bleibt weiter bestehen. Alle Dienste sind in volle Einsatzbereitschaft versetzt“, sagte Karin.

Antiterroroperation

Dem Staatssekretär zufolge sind nur die einheimischen Spezialeinheiten „Arystan“, „Arlan“ und „Berkut“ sowie Kräfte des kasachischen Verteidigungsministeriums bei der Antiterroroperation eingesetzt. „OVKS-Kräfte werden nicht in allen Regionen eingesetzt. Sie werden lokal den Schutz lebenswichtiger Objekte gewährleisten. Das ist eine begründete Maßnahme“, schrieb Karin auf seinem Telegram-Kanal.

„Die Entscheidung über die Heranziehung der Friedenstruppe der OVKS ist vor allem auf den Schutz der Souveränität und auf die Festigung der Integrität von Kasachstan gerichtet.“



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/01/06/4910300_0:135:1727:1106_1920x0_80_0_0_967c12da6fa8bf5102c72f797dc4a97c.jpg

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 9. Januar 3:00 Uhr bis 10. Januar 3:00 Uhr

In den letzten 24 Stunden hat die Vertretung der Donezker Volksrepublik im GZKK vier Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU mitgeteilt. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

Es folgt eine genaue Auflistung der eingesetzten Waffensysteme (Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befand sich folgende Ortschaften: **Gorlowka (Siedlung des Isotow-Bergwerks, Siedlung des Gagarin-Bergwerks), Nowaja Tawrija, Kominternowo.**

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU eingesetzten Geschosse beträgt 34.

snanews.de: „Moralisch verwerfliche Blockadehaltung“: Kiews Botschafter fordert Waffen von Deutschland

Vor dem Hintergrund anhaltender Spekulationen über angebliche Pläne einer russischen Attacke hat der ukrainische Botschafter in Berlin, Andrej Melnyk, am Montag Deutschland nachdrücklich zu Waffenlieferungen an die Regierung in Kiew aufgefordert. Neue Sanktionen gegen Moskau und das Stilllegen der Ostsee-Pipeline Nord Stream 2 gehören mit zu. Laut Melnyk trage Deutschland die gleiche historische Verantwortung für die Ukraine wie für Israel. „Daher erwartet man in Kiew massive militärische Unterstützung Deutschlands, um

den Preis für Putins bevorstehenden Angriff in die Höhe zu treiben und diesen noch zu verhindern“, sagte Melnyk im Gespräch mit den Zeitungen der „Funke“-Mediengruppe am Montag.

Die Gefahr einer russischen Invasion in die Ukraine sei unverändert hoch, behauptet der ukrainische Botschafter. „Diese imminente Kriegsgefahr sollte man in Berlin nicht unterschätzen.“ Deshalb müsse die Ampel-Regierung „die bestehende - moralisch absolut verwerfliche - Blockadehaltung aufzugeben, und die Ukraine dringend mit notwendiger Verteidigungsrüstung zu versorgen“, so Melnyk.

„Wir haben volles Recht auf Selbstverteidigung.“

Aus diesem Grund wünschte sich der Diplomat auch, dass die Bundesregierung sich für einen zügigen Beitritt der Ukraine in die Nato und die EU stark mache.

„Denn nur wenn die Ukraine zum untrennbaren Bestandteil des Nordatlantikpaktes wird, würde Putin für immer die Versuchung verlieren, uns anzugreifen.“

Unter dem Vorwand einer imminenten Gefahr seitens Russlands drängte Melnyk auch auf neue Sanktionen gegen Moskau. Er rief die ukrainischen Partner in Europa und den USA dazu auf, „sehr harte vorbeugende Strafmaßnahmen“ gegen Russland zu ergreifen, bevor es seine Intervention ausweite, „und nicht erst danach, wenn es zu spät ist“. Auch das endgültige Aus für Nord Stream 2 solle zu diesem Katalog gehören, sagte Melnyk.

Spekulationen über eine russische Attacke

Seit November machen Berichte über eine angebliche Vorbereitung Russlands für einen Angriff auf die Ukraine in den westlichen Medien die Runde. Die Ukraine erhebt unbelegte Vorwürfe, wonach sich Russland angeblich auf eine Invasion Ende Januar oder Anfang Februar vorbereite. Die westlichen Staaten, darunter die USA, Großbritannien und die Türkei, stimmten der Ukraine Militärhilfen zu. Die EU und Deutschland lehnten die Waffenlieferungen an die Ukraine bisher hingegen ab und verweist als Antwort lediglich auf „das Gebot der Deeskalation“.

Russland weist alle Anschuldigungen als Provokationen entschieden zurück. Die russische Seite geht davon aus, dass die Nato-Länder, vor allem die USA, durch diese Vorwürfe eine Reaktion der russischen Miliz bewirken wollten, um Russland in eine Art Kampfeinsatz zu verwickeln. Gleichzeitig nutzt die Allianz diese Vorwürfe aus, um mehr Militärausrüstung in der Nähe der russischen Grenzen zu platzieren.



https://cdn1.snnews.de/img/07e5/0a/1c/4123696_0:159:3076:1889_1920x0_80_0_0_580a7a6fe639ce781a95077ecb880948.jpg

de.rt.com: Putin: "Maidan-Technologien" in Kasachstan eingesetzt

Die Mitgliedsstaaten der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) haben am Montagmorgen per Videoschleife miteinander gesprochen. Der russische Präsident Wladimir Putin sagte bei der Sitzung, die Organisatoren der Ausschreitungen in Kasachstan

hätten ähnliche Technologien wie auf dem Maidan in der Ukraine eingesetzt. Dem Vertrag über kollektive Sicherheit gehören Russland, Kasachstan, Armenien, Weißrussland, Kirgistan und Tadschikistan an. Diskutiert wurden die Maßnahmen zur Normalisierung der Lage.

Laut dem russischen Präsidenten sei es notwendig gewesen, unverzüglich auf die aktuelle Lage in Kasachstan zu reagieren, die er als einen "aggressiven Akt" bezeichnete. Der Einsatz des Bündnisses sei daher äußerst zeitgemäß und legitim gewesen. Die Friedenstruppen werden so lange wie nötig in Kasachstan bleiben und dann wieder nach Hause zurückkehren, so Putin. "Nach Erfüllung ihrer Aufgaben wird das gesamte Kontingent aus Kasachstan abgezogen." Die Lage im Land normalisiere sich allmählich.

Seiner Meinung nach wurden in Kasachstan gut organisierte Gruppen von Militanten eingesetzt, darunter auch solche, die im Ausland ausgebildet wurden:

"Die Ereignisse in Kasachstan sind nicht der erste und bei weitem nicht der letzte Versuch einer Einmischung von außen in die inneren Angelegenheiten unserer Staaten."

Die Organisatoren der Ausschreitungen hätten Technologien eingesetzt wie auch schon auf dem Maidan in der Ukraine:

"Es wurden aktiv die den Maidan-Technologien innewohnenden Elemente der gewaltsamen Informationsunterstützung genutzt."

Die von der OVKS ergriffenen Maßnahmen hätten gezeigt, dass das Szenario der sogenannten Farbrevolutionen nicht zugelassen werde, sagte das russische Staatsoberhaupt und lobte zugleich den Mut des kasachischen Präsidenten.

Nach Darstellung von Qassym-Schomart Toqajew habe sich die Lage mittlerweile beruhigt.

"In Kasachstan ist die vollständige Ordnung wieder hergestellt. Bedrohungen für die Sicherheit des Landes wurden abgewendet", sagte der Staatschef bei der Sitzung. Man werde der Weltgemeinschaft bald Beweise für die Vorbereitung und Durchführung einer terroristischen Aggression gegen Kasachstan vorlegen, so Toqajew. Ihm zufolge hätten die Behörden die Forderungen der Demonstranten erfüllt, unter anderem sei die Regierung zurückgetreten. Den Organisatoren der Aggression sei dies aber egal gewesen, sagte der kasachische Präsident.

Sein weißrussische Kollege Alexander Lukaschenko meinte, die Lehren aus der Situation in Kasachstan sollten vor allem in Usbekistan gezogen werden.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61dbf79848fbef4a444bc04f.jpg>

Mzdnr.ru: Am 9. Januar wurden in der DVR keine Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt.

In den letzten 24 Stunden wurden 32 Fälle von Lungenentzündung entdeckt, 11 weniger als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 13 ins Krankenhaus eingewiesen.

Insgesamt sind 551 Personen mit Lungenentzündung mit Sauerstoffunterstützung in

Behandlung (+7 in den letzten 24 Stunden).

Am 10. Januar um 9:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 119.251 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

2071 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 107.853 als gesund entlassen, es gibt 9327 Todesfälle.

de.rt.com: **Unruhen in Kasachstan: Fast 8.000 Menschen festgenommen**

Die Strafverfolgungsbehörden Kasachstans haben im Zusammenhang mit den Unruhen im Land fast 8.000 Menschen festgenommen. Grund für die Ausschreitungen war der Unmut der Bürger über gestiegene Treibstoffpreise an den Tankstellen.

Das Innenministerium des Landes sprach am Montagmorgen von 7.939 Menschen, die in Gewahrsam genommen wurden. Allein auf zwei Märkten in Almaty seien 207 Personen festgenommen worden. Die Polizei habe mehrere gestohlene Fahrzeuge, gestohlenen Inventar sowie Waffen beschlagnahmt.

Unterdessen spricht das Nationale Sicherheitskomitee von einer Stabilisierung der Lage. Die Sicherheitskräfte sollen die Zentren der terroristischen Gefahr neutralisiert und Verwaltungseinrichtungen, die zuvor von Protestlern besetzt worden waren, befreit haben. Die Suche nach potenziellen Unterschlüpfen der an den Unruhen beteiligten Teilnehmer dauere an. Die Bürger wurden aufgefordert, bei der Identifizierung von Personen, die an terroristischen Aktivitäten beteiligt waren, zu helfen und während der Unruhen gestohlene Waffen freiwillig abzugeben.

Das kasachische Außenministerium teilte vergangene Woche mit, dass das Land einer Aggression von Terroristen ausgesetzt war, die im Ausland ausgebildet worden waren. Außenminister Jerlan Karin nannte die Unruhen einen "hybriden Terroranschlag", der auf Destabilisierung und einen Putsch abzielte. "Kasachstan ist entschlossen, die Demokratie und die Verfassung vor islamistischen Radikalen und Terroristen zu verteidigen", hieß es in einer Erklärung.

Anfang des Jahres kam es in mehreren Siedlungen der ehemaligen Sowjetrepublik zu Protesten angesichts gestiegener Treibstoffpreise an den Tankstellen. Innerhalb weniger Tage eskalierte die Lage, in vielen Städten kam es zu Ausschreitungen und Angriffen auf Regierungsstellen. Die Regierung Kasachstans trat zurück, Ex-Präsident Nursultan Nasarbajew musste den Posten des Vorsitzenden des Sicherheitsrates räumen. Präsident Qassym-Schomart Toqajew hat die Organisation des Vertrages über die Kollektive Sicherheit (OVKS) um Unterstützung gebeten und den 10. Januar zum Tag der Staatstrauer erklärt.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61dbe4f1b480cc362b315f35.jpg>

de.rt.com: **Russischer Verteidigungsminister Schoigu: "Russland darf im**

Informationskrieg nicht verlieren"

In einem Interview für den Fernsehsender "Swesda" meinte der Verteidigungsminister der Russischen Föderation Sergei Schoigu, der gegen Russland geführte Informationskrieg sei auf seinem Höhepunkt. Man habe nicht das Recht, diesen Krieg zu verlieren, ergänzte Schoigu. Russland stehe in einem Informationskrieg, der derzeit an allen Fronten gegen das Land geführt wird. Diese Meinung vertrat der russische Verteidigungsminister Sergei Schoigu in einem Interview mit dem Fernsehsender Swesda ("Stern"). Er erklärte, Russland habe nicht das Recht, diesen Krieg zu verlieren.

"Die Besonderheit unserer Zeit ist, dass es heute nicht mehr nur darum geht, Informationen in der einen oder anderen Form zu verbreiten, sondern es ist ein großer Krieg, so muss man es nennen", sagte der Verteidigungsminister.

Laut Schoigu habe sein Ministerium Zeit gebraucht, um sich der Menge an Informationswaffen bewusst zu werden, die heute eingesetzt werden. Man war nicht sofort darauf vorbereitet, dass Medien und Informationen gezielt als psychologische Waffen eingesetzt werden:

"Ich spreche nicht von banalen Dingen wie Schmutz, Verleumdung und so weiter. Ich spreche ganz klar von Informationswaffen."

Schoigus Meinung nach umfasst das Arsenal derjenigen, die diesen Krieg führen, Fakes, selektierte Informationen und Diffamierungen. Die Abteilung für Information und Massenkommunikation des Verteidigungsministeriums arbeitet an Strategien zur Bekämpfung informationeller Angriffe. Es geht dort nicht mehr nur um die informationelle Begleitung der Arbeit des Verteidigungsministeriums und des militärischen Dienstes: Es entstehe praktisch eine neue Waffengattung, die zwar 2021 bereits ihr 50jähriges Jubiläum feierte, aber erst seit wenigen Jahren wirklich effektiv arbeitet.

Das Interview war Teil einer Dokumentation über die Arbeit der relativ neuen Abteilung. Besonders stolz sei man darauf, unter ausländischen Korrespondenten als der transparenteste und zugänglichste militärische Pressedienst weltweit zu gelten. Diese Transparenz habe – neben den objektiven Verbesserungen des Zustandes der russischen Armee selbst – dazu beigetragen, dass sich das Image der Truppen in der russischen Bevölkerung radikal verbessert habe.

Die für Journalisten organisierten Exkursionen und Besichtigungen – auch solche in Krisengebiete wie Südossetien oder Syrien – kommen bei in- wie ausländischen Journalisten gut an, berichtet die Dokumentation. Ab und zu hilft es, sagt der Leiter der Abteilung für Information und Massenkommunikation Oberst Konaschenkow, an das Gewissen der westlichen Journalisten zu appellieren, wenn sie wieder einmal die Unwahrheit berichtet haben:

"Wenn man mit den westlichen Journalisten vor Ort spricht, machen sie einen menschlichen, gebildeten Eindruck. Sie verstehen alles, nicken zu unseren Ausführungen. Wenn ich dann aber eine Woche später gelesen habe (– was dieselben Journalisten schrieben –), dann drehte sich in mir mein Glaube an die Menschen. Sie haben nicht einfach gelogen, sie haben die Tatsachen von den Füßen auf den Kopf gestellt. Wenn man diese Journalisten ein paar Tage später sieht, dann schämen sie sich und versuchen, dir nicht in die Augen zu blicken. 'Herr Oberst, das war nicht ich, das war die Redaktion, die alles verdreht hat', kommt dann als Antwort."

Trotz solcher Erfahrungen verweigert das Verteidigungsministerium keinem westlichen Journalisten die Teilnahme an den Pressefahrten und Exkursionen, die die Abteilung von Konaschenkow organisiert. Man ist überzeugt: Auf lange Sicht lohne sich diese Transparenz. Die Verschlossenheit und Geheimnistuerei der Sowjetzeiten habe sich nicht bewährt, wie das negative Image etwa des Afghanistan-Einsatzes zeige. Daraus habe man gelernt und setze auf Wahrheit, klare Kommunikation und größtmögliche Offenheit. Natürlich werden dabei keine Staatsgeheimnisse verraten, doch wird der Begriff eines Geheimnisses viel enger als früher

ausgelegt.

Igor Konaschenkow gibt die Hoffnung nicht auf, dass Wahrheit und Transparenz einen großen Krieg noch verhindern können. Und mit solchen Soldaten an der Informationsfront wie dem "Kater zur See Sergei Iwanowitsch" haben Frieden und Völkerverständigung vielleicht doch noch eine Chance.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/original/61dadd4748fbef35c536d9b6.jpg>

de.rt.com: **USA fordern von Kasachstan Rechtfertigung für Hilferuf an Russland**

Washington hat von Nur-Sultan "Klarheit" in der Frage des Einsatzes von Friedenstruppen der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) inmitten von Gewaltausbrüchen im Land verlangt. Es sei notwendig, die Rechte der Protestler zu respektieren.

In Bezug auf Kasachstans Entscheidung, verbündete Friedenstruppen zur Auflösung der Unruhen im Land hinzuzuziehen, sagte US-Außenminister Antony Blinken dem Sender CNN, Washington habe "echte Fragen" dazu, "warum sie sich gezwungen sahen, diese von Russland dominierte Organisation hinzuzuziehen". Er erklärte:

"Wir erwarten eine Klärung dieser Frage."

"Was jetzt unbedingt notwendig ist, ist eine friedliche Lösung, die die Rechte derjenigen respektiert, die versuchen, sich Gehör zu verschaffen."

Blinken stellte zuvor klar, dass er sich auf "friedliche Demonstranten" bezog, obwohl Videoaufnahmen aus Kasachstan zeigen, dass die Proteste in Brandstiftung, Mord, Gewalt und Chaos eskalierten.

Auch zu Berichten über Versuche organisierter bewaffneter Gruppen, Polizeigebäude und Flughäfen inmitten des Chaos zu stürmen, äußerte sich Blinken nicht – und wurde von CNN auch nicht danach gefragt. Warum das souveräne Land sich für seine Bitte um Hilfe bei einer Sicherheitsorganisation, in der es Mitglied ist, bei Washington rechtfertigen muss, bleibt unklar.

Der US-Spitzendiplomat äußerte sich jedoch ausführlich dazu, wie Nur-Sultan seiner Meinung nach mit den Randalierern umgehen sollte. Er betonte:

"Die Behörden in Kasachstan sollten in der Lage sein, mit den Herausforderungen, denen sie gegenüberstehen, friedlich umzugehen, um sicherzustellen, dass die Rechte derjenigen, die friedlich protestieren, geschützt werden, um die Institutionen des Staates und Recht und Ordnung zu schützen, aber auf eine Weise, die die Rechte respektiert."

Zuvor hatte er die ehemalige Sowjetrepublik gewarnt, dass "die jüngste Geschichte gelehrt" habe, dass es manchmal sehr schwierig sei, "Russens wieder loszuwerden, wenn sie erst einmal

in Ihrem Haus sind". Eine Bemerkung, die Blinken nicht näher erläuterte, für die ihm Moskau aber mangelndes Selbstbewusstsein unterstellte und hervorhob:

"Indianer des nordamerikanischen Kontinents, Koreaner, Vietnamesen, Iraker, Panamaer, Jugoslawen, Libyer, Syrer und viele andere unglückliche Völker, die das Pech haben, diese ungebetenen Gäste in ihrem 'Haus' zu sehen, können viel dazu erzählen."



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61dbee2fb480cc35b527831e.jpg>

nachmittags:

snanews.de: **Baerbock droht mit Nord Stream 2-Blockade und ruft zur EU-Energieunabhängigkeit auf**

Berlin ist bereit, Nord Stream 2 zu blockieren, wenn Russland Energie als Waffe einsetzt. Mit dieser Aussage gegenüber der Zeitung „La Stampa“ hat die Außenministerin Annalena Baerbock (Grünen) vor ihrem Antrittsbesuch in Rom am Montag Schlagzeilen gemacht. Zugleich rief Baerbock die EU-Staaten zu stärkerem Fokus auf ihre Energieunabhängigkeit auf.

„Es ist von grundlegender Bedeutung, die Unabhängigkeit unserer europäischen Energieversorgung zu stärken“, wird Baerbock im Interview zitiert. Die Ampel-Parteien hätten in ihrem Koalitionsvertrag klar festgelegt, dass energiepolitische Projekte in Deutschland den europäischen Vorgaben entsprechen sollen, was auch für Nord Stream 2 gelte, betonte die Grünen-Politikerin.

„Da dies derzeit nicht der Fall ist, liegt das Zertifizierungsverfahren derzeit auf Eis“, fügte die Außenministerin hinzu.

Nord Stream 2 habe natürlich auch geopolitische Implikationen, erklärte Baerbock weiter. „Deshalb haben wir in der ‚gemeinsamen Erklärung‘ mit der US-Regierung vereinbart, dass wir gemeinsam mit unseren europäischen Partnern wirksame Maßnahmen ergreifen werden, wenn Russland Energie als Waffe einsetzt oder andere aggressive Handlungen gegen die Ukraine unternimmt“, so die Ministerin.

„Wir unterstützen diese Aussage.“

Ostsee-Pipeline

Das Projekt Nord Stream 2 umfasst den Bau von zwei Strängen der Pipeline mit einer Gesamtkapazität von 55 Milliarden Kubikmeter Gas pro Jahr. Die beiden Stränge sind nun einsatzbereit, doch die für ihre Inbetriebnahme erforderliche Genehmigung der Bundesnetzagentur steht weiterhin aus.

Die Behörde hatte das entsprechende Verfahren im November unterbrochen. Nun muss die Nord Stream 2 AG ein Tochterunternehmen in Deutschland gründen und in dessen Namen einen neuen Zertifizierungsantrag stellen.

Die Pipeline wird seit langem von den USA, dem EU-Mitgliedstaat Polen und der Ukraine

scharf kritisiert. Sie befürchten eine zu große Abhängigkeit von Russland bei der Energieversorgung. Moskau betonte bereits mehrmals, dass Nord Stream 2 ein rein kommerzielles Projekt sei, das sowohl für Russland als auch für die EU vorteilhaft sei. Der Kreml rief wiederholt die westlichen Länder dazu auf, das Projekt nicht zu politisieren.



https://cdn1.snnews.de/img/07e5/0c/1c/4834871_0:82:3195:1879_1920x0_80_0_0_7b8282363f3e94c99c3e029b281e8525.jpg

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Kommentar der Volksmiliz der DVR zur Zunahme der Spannung an der Kontaktlinie**

Die Zunahme der Zahl der Beschießungen von Seiten der BFU bringen wir mit dem Nachlassen der Aufmerksamkeit der Weltgemeinschaft gegenüber der Thematik der Ukraine vor dem Hintergrund des bevorstehenden Treffens „Russland – NATO“ in Verbindung. Wir müssen das westliche Auditorium dringend an seine Existenz an sich und als Hauptursache des Treffens auf so hoher Ebene erinnern.

Den Befehl zur Verstärkung des Beschusses ist auch dem Generalstab der ukrainischen Streitkräfte bereits am 8. Januar an den Kommandeur der OOS gegangen.

Nach vorläufiger Erkenntnis sind die provokativen Beschießungen, die von unseren Vertretern im GZKK in der derzeitigen Zusammensetzung erfasst wurden, von Vertretern nationalistischer Bewegungen ausgegangen, deren aktives Eintreffen wir seit Mitte Dezember 2021 an der ganzen Kontaktlinie feststellen.

deu.belta.by:**Lukaschenko: OVKS-Friedenseinsatz in Kasachstan vereitelt Pläne der Konfliktschürer**

Mit der Entsendung von Friedenstruppen nach Kasachstan haben die OVKS-Staaten alle Pläne der Konfliktschürer vereitelt. Das erklärte Präsident Alexander Lukaschenko in der außerordentlichen Online-Sitzung des OVKS-Rates für kollektive Sicherheit.

„Wenn man genau beobachtet, wie die westliche Politik heute reagiert, so liegt der Schluss nahe, dass im Westen die Situation in Kasachstan aufs Genaueste verfolgt wird. In den öffentlichen Statements, die nicht sofort, sondern einige Tage nach dem Ausbruch der Krise in Kasachstan erfolgten, sind die üblichen Worte von „Demokratie“, „Freiheit“, „inakzeptablem harten Durchgreifen“ zu finden“, so Alexander Lukaschenko.

Aus seiner Sicht hätten die OVKS-Staaten mit der Entsendung der Friedenstruppen nach Kasachstan jene Pläne vereitelt, die die Regisseure dieses Konflikts und ihre Erfüllungsgehilfen hegten. „Das bestätigt einmal mehr, dass wir eine richtige Entscheidung getroffen haben“, sagte der Staatschef.

Jetzt gelte es für die OVKS, präventiv und proaktiv zu handeln und mögliche Ursachen für ähnliche Szenarios in den anderen Mitgliedsstaaten zu beseitigen.

„In diesem Zusammenhang müssen wir auch im Informationsraum proaktiv handeln. Wir dürfen es nicht zulassen, dass der Friedenseinsatz in den Medien als ein Eroberungs- oder Invasionszug dargestellt wird. Wir sehen, dass solche Versuche bereits unternommen werden. Wir sind keine Besatzer. Wir sind nicht aus eigenem Wunsch nach Kasachstan gegangen – wir wurden von unserem Freund und Bruder eingeladen. Er trägt für dieses Land große Verantwortung. Wir haben seiner Bitte Folge geteilt. Das ist für uns alle eine Lehre, ein gutes Beispiel ja“, erklärte Alexander Lukaschenko.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2022/000019_1641812541_59468_big.jpg

snanews.de: „Putinsche Aggression“ führt zur Annäherung zur Nato – Roth zur Ukraine-Krise

Der SPD-Außenpolitiker Michael Roth hat sich am Montag in einem Interview des Deutschlandfunks zur Ukraine-Krise geäußert. Roth begrüßt einen Dialog mit Russland und die amerikanisch-russischen Gespräche in Genf.

Der SPD-Außenpolitiker sprach von einem „tief sitzenden Misstrauen auf beiden Seiten“ und von vermehrten Konfrontationen in den letzten Monaten. Die Probleme seien nur durch einen Dialog zu lösen.

„Wir hatten jetzt lange genug über einander geredet, es ist gut, dass wir jetzt wieder miteinander reden“, so Roth.

In dem Interview wurden die Vorschläge Russlands zu gemeinsamen Sicherheitsgarantien in Europa evaluiert.

„Russland hat jetzt Vorschläge auf den Tisch gelegt. Die sollten wir nicht brüsk ablehnen, sondern wir sollten mit eigenen Vorschlägen antworten“, so der SPD-Politiker.

Forderungen einer Nichtausweitung der Nato

Die Frage, ob er somit auch die Forderung einer Nichtausweitung der Nato begrüßt, verneinte der Politiker.

„Das gehört selbstverständlich zu Grundprinzipien, an den wir nicht rütteln werden und auch nicht können“, äußerte Roth in Bezug auf die Souveränität der Ukraine.

Ein möglicher Beitritt der Ukraine zur Nato könne nicht in Deutschland, den USA oder Russland diskutiert werden, sondern lediglich in der Ukraine oder im Rahmen des Bündnisses.

Die „Putinsche Aggression hat dazu beigetragen, dass sich Staaten in Richtung Nato bewegen“, urteilte Roth.

Im Bereich der Abrüstung gäbe es ein großes Feld von Verhandlungsoptionen, die jetzt genutzt werden sollten. Er könnte sich vorstellen, dass wieder Gespräche über eine Ächtung

von Kurz- und Mittelstreckenraketen geführt werden. Roth kritisierte eine angeblich „einseitige Aufkündigung“ des INF-Vertrags seitens Russlands, durch den Bau von Raketen.

Rolle der EU

Roth betonte die Bedeutung der Teilhabe europäischer Länder an der Diskussion und der Meinungseinheit der EU. „Das Grundproblem im Umgang mit Herrn Putin“ sei sein der Versuch, die Welt in eine US- und eine russische Hemisphäre aufteilen zu wollen, was an Zustände des „19. und 20. Jahrhunderts“ erinnern würde.

Ein positives Beispiel der Teilhabe europäischer Länder an der Stabilisierung der Situation in der Ukraine sei das Normandie-Format. Europäische Sanktionen seien ein wirksames Mittel, da die EU wirtschaftlich für Russland eine „herausragende Bedeutung“ habe.

Im Fall einer weiteren Eskalation an der ukrainischen Grenze, „müssen alle Optionen auf den Tisch“, dies könnte auch eine mögliche Nichtinbetriebnahme der Gaspipeline Nord Stream 2 bedeuten.

Die USA hatten 2019 den Vertrag über die Vernichtung von Raketen mit kürzerer und mittlerer Reichweite (Vertrag über nukleare Mittelstreckensysteme, kurz: INF) mit Russland aufgekündigt und sich auch aus weiteren Abrüstungsabkommen verabschiedet. Nach den USA legte auch Russland den Abrüstungsvertrag auf Eis.

Russland hat am 17. Dezember 2021 Entwürfe für einen Vertrag mit den USA und für ein Abkommen mit der Nato über Sicherheitsgarantien veröffentlicht. Im Abkommensentwurf mit der Nato wird vorgeschlagen, eine Ausdehnung der Allianz und den Nato-Beitritt der Ukraine auszuschließen sowie auf militärische Aktivitäten in der Ukraine und anderen osteuropäischen Ländern wie auch in Transkaukasien und Zentralasien zu verzichten.

Am Montag finden russisch-amerikanische Gespräche in Genf über die Ukraine-Krise und die Spannungen in Osteuropa statt.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/06/16/2577416_0:0:3140:1767_1920x0_80_0_0_98a59146d74cc30eafbd2dac0ea92f85.jpg

armiyadnr.su: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz am 10.01.2022

In den letzten 24 Stunden wurden vier Verletzungen des Komplexes von Zusatzmaßnahmen zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer festgestellt.

In Richtung Gorlowka haben Kämpfer des 1. Luftsturmataillons der 95. Brigade von den Positionen in den Gebieten von Majorsk und Tschigiri **das Isotow- und das Gagarin-Bergwerk** mit automatischen Granatwerfern, Unterlaufgranatwerfern und großkalibrigen Maschinengewehren beschossen und 13 Granaten auf die Siedlungen abgeschossen.

In Richtung Mariupol haben Besatzer der 36. Brigade von den Positionen in den Gebieten von Wodjanoje und Talakowka aus Wohngebiete von **Nowaja Tawrija** und **Kominternowo** mit Antipanzer- und automatischen Granatwerfern beschossen und 21 Granaten abgefeuert.

Seit Beginn des heutigen Tages wurden zwei **Verletzungen des zweitens Punkts des Komplexes von Zusatzmaßnahmen** zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden Regimes der Feueinstellung festgestellt.

In **Richtung Gorlowka** haben Kämpfer des 13. Luftsturmataillons der 95. Brigade von den Positionen im Gebiet von Nowgorodskoje aus das **Gagarin-Bergwerk** mit einem 82mm-Mörser beschossen und auf die Siedlung ein Mörsergeschoss abgefeuert.

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer des 21. Panzergrenadierataillons der 56. Brigade auf Befehl des Kriegsverbrechers Sirtschenko von den Positionen im Gebiet von Peski aus **Wesjoloje** mit Granatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

In Verletzung des dritten Punktes der Zusatzmaßnahmen haben Besatzer aus der 36. Marineinfanteriebrigade einen Schützenpanzerwagen auf dem Gebiet eines privaten Hauses in Wodjanoje stationiert.

Die ukrainische Seite blockiert weiter die Funktion von Drohnen der OSZE. So hat der Gegner, um die Erfassung von verbotenen Waffen der 95. Brigade durch Beobachter der Mission zu verhindern, eine Station der elektronischen Kriegsführung „Bukowel-AD“ aus dem Bestand einer mobilen Gruppe des 502. Bataillons für elektronische Kriegsführung eingesetzt, um die Leitungs- und Navigationskanäle von Drohnen der OSZE-Mission bei Flügen in Gebiet von Torezk zu blockieren.

Das ukrainische Kommando demonstriert aktiv weiter seinen Unwillen, den Konflikt im Donbass auf friedliche Weise zu lösen, indem es **Kräfte und Mittel in der Nähe der Kontaktlinie** zusammenzieht.

So wurde nach Angaben unserer Aufklärung am 8. Januar im Verantwortungsbereich der 36. Marineinfanteriebrigade auf den Frontpositionen im Gebiet von Schirokino die Ankunft einer Aufklärungsgruppe festgestellt, zu der ein Scharfschützenpaar und eine Mannschaft für einen Antipanzerraketenkomplex gehören.

Außerdem wurden zusätzliche Nachtsichtgeräte auf die Positionen eines Panzergrenadierataillons der 53. mechanisierten Brigade im Gebiet von Nowotroizkoje gebracht, deren Einsatz nicht nur zu Beobachtungszwecken, sondern auch zur Leitung von provokativem Feuer auf die Positionen der Einheiten der Volksmiliz der DVR zu leiten.

Wir erwarten in diesen Gebieten Provokationen von Seiten des Gegners.

Das geringe moralisch-psychische Niveau der Soldaten der ukrainischen Streitkräfte bleibt vor dem Hintergrund ständigen Alkohol- und Drogenkonsums unverändert. So wurde bei einer Kontrolle des Personals eines Panzerataillons der 54. mechanisierten Brigade auf Konsum verbotener Stoffe und Alkohol durch Mitarbeiter des militärischen Rechtsordnungsdienstes festgestellt, dass von 142 Mann, die getestet wurden, 18 unter Drogeneinfluss standen 34 betrunken waren.

Zu diesem Fall führt das Brigadekommando dienstliche Ermittlungen durch. Außerdem sind analoge Testmaßnahmen zur Auffindung von Kämpfern mit pathologischer Drogen- und Alkoholabhängig im 1. und 2. Bataillon der 54. Brigade geplant.

Wir erhalten weiter Informationen über **nicht kampfbedingte Verluste in den Reihen der ukrainischen Kämpfer** in der OOS-Zone.

Nach uns vorliegenden Informationen wurde zwei Kämpfer der 30. Brigade mit Vergiftungen in das Krankenhaus von Artjomowsk eingeliefert. Bei einer vorläufigen Untersuchung wurde festgestellt, dass den Kämpfern schlecht wurde, nachdem sie von ukrainischen Freiwilligen in die Brigade gelieferte Medikamente genommen hatten, die für Erkältungskrankheiten vorgesehen waren.

Inzwischen konfiszieren Mitarbeiter des militärischen Rechtsordnungsdienstes und der Donezker Oblaststaatsanwaltschaft die in die Einheit gelieferten Medikamente.

deu.belta.by:**Putin: Wir lassen die Situation in der OVKS-Region nicht ins Wanken**

bringen

Wie geschlossen und vereint die OVKS-Staaten auf die Krise in Kasachstan reagiert haben, sollte ein Signal für alle sein: Wir lassen die Situation in der Region von niemandem ins Wanken bringen und lassen kein Szenario einer Farbenrevolution zu. Das erklärte der russische Präsident Wladimir Putin in der außerordentlichen Online-Sitzung des OVKS-Rates für kollektive Sicherheit.

Gleich zu Beginn seines Statements betonte Putin, dass die heutige Sitzung besonders wichtig sei und die zur Diskussion gestellten Themen für alle OVKS-Mitgliedsstaaten relevant seien. „Das geht uns alle an. In diesem Punkt bin ich mit dem belarussischen Präsidenten Alexander Lukaschenko einverstanden“, sagte er.

„Wir sehen alle: Die Ereignisse in Kasachstan stellen nicht den ersten und nicht den letzten Versuch dar, sich von außen in die inneren Angelegenheiten unserer Staaten einzumischen. Ich stimme Alexander Lukaschenko zu. Was wir im Rahmen der OVKS beschlossen haben, soll ein Signal sein: Wir lassen die Situation in unserem Haus nicht ins Wanken bringen, wir werden alles tun, damit kein Szenario der sogenannten Farbenrevolutionen aufgeht“, sagte Russlands Präsident.

Nach seinen Angaben werden heutzutage Internettechnologien und soziale Netzwerke als Instrument genutzt, einfache Bürger an Protesten teilnehmen zu lassen. Diese Proteste seien Vorboten terroristischer Attacken – das hätten die Ereignisse in Kasachstan ganz deutlich vor Auge geführt. „Es gibt bestimmte Kräfte, die sich nicht scheuen, mittels Internettechnologien und sozialer Netzwerke Extremisten und Terroristen zu rekrutieren und ‚schlagende Zellen‘ der Terrormiliz zu schaffen. In diesem Zusammenhang halte ich es für zweckmäßig, dass das Komitee der Sekretäre des OVKS-Sicherheitsrates einschlägige Arbeitsgruppen für Informationssicherheit und Bekämpfung von Terrorismus und Extremismus einrichtet und entsprechende Vorschläge unterbreitet, wie man destruktive externe Einmischung im OVKS-Verantwortungsgebiet gemeinsam abwenden kann“, sagte Wladimir Putin.

„Hauptsache ist, dass wir von diesen tragischen Ereignissen in Kasachstan etwas lernen, uns in der Zukunft nicht überrumpeln lassen und immer bereit sind, uns zu mobilisieren und auf jede Provokation schnell zu reagieren“, fügte der russische Staatschef hinzu.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2022/000020_1641815504_59469_big.jpg

rusvesna.su: **Außenministerium: USA stellen inakzeptable Bedingungen für die Wiederaufnahme der Arbeit des Russland-NATO-Rates**

Washington wolle die Arbeit des Russland-NATO-Rates unter für Moskau inakzeptablen Bedingungen wiederherstellen, sagte der stellvertretende russische Außenminister Sergej

Rjabkow in einem Interview mit der RIA Novosti vor einem Treffen mit der US-Delegation in Genf.

„Sie wollen die Aktivitäten des Russland-NATO-Rates wieder aufnehmen, aber zu ihren eigenen Bedingungen, mit einer Agenda, die ihnen passt, mit Schwerpunkt auf der sogenannten Deeskalation, der sogenannten russischen Aggression in der Ukraine“, erklärte er. In Genf laufen heute russisch-amerikanische Gespräche über Sicherheitsgarantien. Russland übergab die entsprechenden Vorschläge Mitte Dezember an die USA und ihre Verbündeten. Dazu zählen insbesondere die gegenseitige Abschaffung von Mittel- und Kurzstreckenraketen in gegenseitiger Reichweite, die Verpflichtung der NATO, nicht zu Lasten der ehemaligen Sowjetrepubliken weiter zu expandieren, und die Reduzierung der Zahl der Militärübungen. Am Vorabend fand das erste Treffen der Delegationen statt. Danach sagte Rjabkow, dass das Gespräch schwierig, aber sachlich gewesen sei.

Zwei Tage später, am 12. Januar, ist eine Sitzung des Russland-NATO-Rates in Brüssel geplant, und am nächsten Tag Konsultationen auf der Wiener Plattform der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/origin_wm/public/rossiya_ssha_protivostoyanie.jpg

Mil-Inr.su **Pressekonferenz des Offiziers des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR Oberleutnant A.N. Masejkin am 10.1.22**

Nach Angaben von Beobachtern der Vertretung der LVR im GZKK wurden **in den letzten 24 Stunden sieben Verletzungen des zweiten Punkts des Komplexes von Zusatzmaßnahmen** zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden Regimes der Feueinstellung festgestellt.

In **Richtung Debalzewo** haben Kämpfer der 30. Brigade von den Positionen im Gebiet von Swetlodarsk aus **Losowoje** mit automatischen Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

In **Richtung Popasnaja** haben Kämpfer der 24. Brigade von den Positionen im Gebiet von Solotoje-4 aus zweimal **Solotoje-5** mit Antipanzergrenatwerfern und Schusswaffen beschossen, außerdem wurde von den Positionen im Gebiet von Katerinowka aus **Moldjoshnoje** mit Antipanzergrenatwerfern und Schusswaffen beschossen.

In **Richtung Slawjanoserbsk** haben Kämpfer der 57. Brigade von den Positionen im Gebiet von Pritschepilowka aus **Shelobok** mit Antipanzergrenatwerfern und Schusswaffen beschossen.

Außerdem wurde **Sokolniki** von den Positionen im Gebiet von Krymskoje aus mit automatischen Granatwerfern und einem großkalibrigen Maschinengewehr beschossen.

In **Richtung Staniza-Luganskaja** haben Kämpfer der 79. Brigade von den Positionen im Gebiet von Kondraschewskaja Nowaja aus **Krasnyj Jar** mit 82mm-Mörsern beschossen und

drei Mörsergeschosse abgefeuert.

Seit Beginn des heutigen Tages haben Kämpfer der 24. Brigade von den Positionen im Gebiet von Popasnaja aus **Molodjoshnoje** mit Granatwerfern und Schusswaffen beschossen und 17 Granaten abgefeuert. ...

de.rt.com: **Stoltenberg im Vorfeld der Gespräche mit Russland: "NATO ist für neuen Konflikt in Europa bereit"**

Im Vorfeld der Sitzung des NATO-Russland-Rates hat der Generalsekretär der Allianz Jens Stoltenberg erklärt, die NATO sei für einen "neuen bewaffneten Konflikt in Europa" bereit, falls die Gespräche mit Russland keinen Erfolg erzielen würden.

In einem Interview für die Zeitung Financial Times hat NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg von aktuellen Differenzen zwischen der Allianz und Russland in Bezug auf die Sicherheit in Europa gesprochen und die Perspektiven für eine Lösung eingeschätzt. Stoltenberg erklärte, das Bündnis sei auf einen "neuen bewaffneten Konflikt in Europa" vorbereitet, falls die Gespräche mit der russischen Seite bezüglich der gegenseitigen Sicherheitsgarantien nichts erreichen würden:

"Die Abschreckung der NATO ist stark und zuverlässig."

"Wir müssen auf das Beste hoffen und hart arbeiten aber auf das Schlimmste vorbereitet sein."

Nichtsdestotrotz äußerte Stoltenberg seine Hoffnung darauf, dass die Spannungen zwischen Moskau und den westlichen Staaten durch diplomatische Verhandlungen beigelegt werden können:

"Es ist möglich, gemeinsam eine Lösung, einen politischen Weg nach vorne zu finden und auch Russlands Sorgen zu berücksichtigen."

Im Interview sagte der Politiker außerdem, die Geschichte Russlands sei ihm "bekannt". Russland habe "jahrhundertlang" Konflikte mit Nachbarn erlebt, erklärte Stoltenberg. Seit Monaten werfen Kiew und die westlichen Staaten Moskau vor, es habe Truppen an die Grenze zur Ukraine verlegt. Russland zeigt sich dagegen über die Aktivitäten der NATO-Staaten, vor allem der USA und Großbritanniens, im Schwarzen Meer besorgt und sieht sie als Provokationen an.

Am 12. Januar soll die Sitzung des NATO-Russland-Rates stattfinden. Die russische Seite will bei diesen Gesprächen ihren Vorschlag über gegenseitige Sicherheitsgarantien in Europa unbedingt auf den Verhandlungstisch bringen. Unter anderem fordert Moskau weniger großangelegte Militärübungen in der Region, eine Rüstungskontrolle sowie ein Verbot für die Stationierung von NATO-Waffen auf dem Territorium der Ukraine. US-Präsident Joe Biden hatte diesbezüglich bereits erklärt, Washington werde "keine roten Linien Moskaus akzeptieren".



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61dc1aa248fbef57ad4e8bd6.jpg>

novorosinform.org: EU muss russische Vorherrschaft in Zentralasien verhindern – deutsche Außenministerin

Annalena Baerbock sagte, die Unruhen in Kasachstan seien für die Europäische Union überraschend gekommen.

Annalena Baerbock erklärte, die Ereignisse in Kasachstan seien ein echter Schock für die Europäische Union. Die deutsche Außenministerin fügte hinzu, Brüssel sei überrascht von der rasanten Entwicklung der Unruhen, die in Almaty in Blutvergießen und Straßenkämpfen endeten, berichtet TASS.

Als Hauptaufgabe der Europäischen Union bezeichnete Baerbock nun, eine Ausweitung des russischen Einflusses in Zentralasien zu verhindern. Sie stellte fest, dass für Brüssel ein negatives Szenario sowohl die Dominanz Russlands als auch Chinas in Zentralasien sei. ...



https://novorosinform.org/content/images/61/08/36108_720x405.jpg

snews.de: Kreml-Sprecher sieht Effizienz der OVKS bei Bewältigung der Unruhen in Kasachstan bewiesen

Im Kreml wird die Meinung vertreten, dass effektive Handlungen kasachischer Sicherheitskräfte und die Hilfe vonseiten der OVKS es ermöglicht haben, Ausschreitungen von Terroristen schnell niederzukämpfen. Darauf verwies der Sprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, am Montag nach einem Video-Gipfel der OVKS-Mitgliedsstaaten.

„Es ging nicht ohne heroische Opfer ab“, räumte er zugleich ein.

„Auch die OVKS hat ihre Effektivität unter Beweis gestellt. Wir können nun sehen, wie nützlich und notwendig es ist, den Prozess der Koordinierung im Rahmen der OVKS bei allen militärischen Strukturen voranzubringen und den Prozess des gemeinsamen militärischen Aufbaus samt Militärübungen und Manövern zu fördern“, sagte Peskow gegenüber Journalisten.

All das habe ihre Notwendigkeit, Schlüssigkeit und Aktualität unter Beweis gestellt – vor dem Hintergrund der Herausforderungen und Bedrohungen, mit denen die Mitgliedsländer konfrontiert würden.

Nach Sicherheitsmaßnahmen an der Grenze zu Kasachstan gefragt, sagte der Kreml-Sprecher, Schritte zur Vorbeugung von terroristischen Bedrohungen würden immer unternommen. „Der Oberste Befehlshaber und die Geheimdienste ergreifen selbstverständlich immer Maßnahmen, spezielle Maßnahmen, um dem Eindringen einer Terrorbedrohung vorzubeugen“, so Peskow. Die Ereignisse in Kasachstan seien für alle OVKS-Mitgliedsstaaten eine Überraschung gewesen, aber die Koordination und die Verbündeten-Beziehungen hätten es ermöglicht, in gebührender Weise auf die Herausforderung zu reagieren, sagte der Kreml-Sprecher.

„Das war eine Überraschung für alle. Wenn ich mich nicht irre, war das auch für die kasachische Seite und für die OVKS eine Überraschung. Auch für die Russische Föderation

war das eine Überraschung“, sagte Peskow.

„Aber das abgestimmte Vorgehen, das Niveau der Koordination und der Stand der hochentwickelten Verbündeten-Beziehungen haben es ermöglicht, trotz dieser Überraschung in gebührender Weise auf diese Herausforderungen zu reagieren“, betonte Peskow. ...



https://cdn1.snnews.de/img/07e5/0c/1e/4852671_0:0:3008:1693_1920x0_80_0_0_6f523cdb9bfb1fabdd8d0b16637446c.jpg